

DStV-Stellungnahme E 8/25

Europäisches Innovationsgesetz

Der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) begrüßt das Vorhaben der EU-Kommission für ein Europäisches Innovationsgesetz (engl. European Innovation Act). Ziel ist es, sektorübergreifende Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Markteintritt innovativer Ideen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit der EU, insbesondere im Vergleich zu globalen Wettbewerbern, nachhaltig stärken.

Von den im Rahmen des Europäischen Innovationsgesetzes vorgesehenen Vereinfachungen bestehender Anforderungen des EU-Rechts, etwa einem verbesserten Zugang zu Finanzmitteln im gesamten europäischen Binnenmarkt, sollten alle Unternehmen profitieren und nicht ausschließlich Start-ups, Scale-ups und als „innovativ“ klassifizierte Unternehmen. Andernfalls besteht die Gefahr einer Wettbewerbsverzerrung gegenüber anderen Marktteilnehmern.

1. Nutzung von Rechten des geistigen Eigentums als Finanzierungsgrundlage

Viele Unternehmen sind sich der Bedeutung, des Schutzes, der Dokumentation und der wirtschaftlichen Verwertung ihrer Rechte des geistigen Eigentums (engl. Intellectual property rights - IP) nicht ausreichend bewusst. Oft fehlt ihnen die Fähigkeit, bestehende IP-Rechte zu erkennen.

Der DStV spricht sich dafür aus, Unternehmen mit einem IP-intensiven Geschäftsmodell, insbesondere Start-ups und Scale-ups, die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte des geistigen Eigentums im Jahresabschluss besser darzustellen.

Aus diesem Grund regt der **DStV** eine zielgerichtete Änderung der [EU-Richtlinie 2013/34/EU](#) über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte an. In diesem Zusammenhang muss die Aktivierung selbst geschaffener Rechte im Anlagevermögen gemäß Anhang IV der Richtlinie in allen Mitgliedstaaten möglich werden.

Eine entsprechende bessere Bewertung und Darstellung ihrer Rechte geistigen Eigentums im Jahresabschluss könnte insbesondere technologieorientierten Unternehmen dabei helfen, ihre immateriellen Vermögenswerte sichtbar zu machen, gegenüber Investoren Transparenz über Umfang und Schutzrechte zu schaffen und Vertrauen in die unternehmerische Substanz aufzubauen. Dies würde die Attraktivität für Venture-Capital-Geber und Business Angels erhöhen.

Voraussetzung für eine korrekte Bewertung der Rechte geistigen Eigentums ist eine praktikable und EU-weit anerkannte Bewertungsmethodik, die bestehende internationale Rechnungslegungsstandards, wie den International Financial Reporting Standard (IFRS), ergänzt und verbesserte Strukturen schafft. Bereits heute können Start-ups, die nach IFRS bilanzieren, im Lagebericht freiwillig Angaben zu ihrer IP-Strategie machen, sofern diese für die Geschäftsentwicklung wesentlich ist. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass es sich auch mit einer einheitlichen Methodik stets um eine bestmögliche Schätzung auf Basis plausibler Annahmen handelt und nicht um eine exakte, objektive Größe. Dies steht im Kontrast zum Jahresabschluss, der die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sehr präzise abbildet.

Ein Blick in die USA zeigt, dass IP dort bereits stärker als wesentlicher Unternehmenswert anerkannt ist und Investoren über ein höheres Fachwissen in diesem Bereich verfügen. In der EU besteht dagegen bei der Bewertung von geistigem Eigentum zur Finanzierung häufig erhebliche Unsicherheit. Dies führt dazu, dass die Risikobereitschaft institutioneller Finanzierer sehr gering ausgeprägt ist. Umso wichtiger ist es, durch eine verlässliche Standardisierung für Transparenz und Akzeptanz zu sorgen und damit gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen.

✓ Der **DStV** spricht sich dafür aus, Unternehmen mit einem IP-intensiven Geschäftsmodell die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte des geistigen Eigentums im Jahresabschluss darzustellen. Dadurch können immaterielle Werte transparenter dargestellt und Investoren besser informiert werden. Dabei ist zu beachten, dass sich IP-Rechte nicht so exakt darstellen lassen wie die Finanz- und Ertragslage in Jahresabschlüssen.

2. EU-weite Stärkung der Sichtbarkeit von Unterstützungsangeboten des EUIPO im Bereich geistiges Eigentum

Vielen Unternehmen in der EU fehlt es sowohl oftmals an Wissen über die Verwertung ihrer IP-Rechte als auch an Klarheit über die zuständigen Ansprechpartner. Bereits vorhandene Unterstützungsangebote, wie die Services des Amts der Europäischen Union für Geistiges Eigentum (EUIPO), sollten daher in den Mitgliedstaaten gezielt stärker bekannt gemacht werden.

3. EU-Definition für Start-ups, Scale-ups und innovative Unternehmen

Eine EU-Definition für Start-ups, Scale-ups und innovative Unternehmen sollte nicht auf bestimmte Technologien oder digitale Geschäftsprozesse beschränkt sein. Auch Unternehmen aus traditionellen Sektoren können innovative Produkte und Dienstleistungen entwickeln und ein hohes Skalierungspotenzial aufweisen. Neben dem Alter und dem innovativen Charakter des Unternehmens, sollte zudem die Zusammensetzung der Geschäftsleitung berücksichtigt werden. Gerade junge Unternehmer, die ihre ersten Schritte wagen, benötigen in besonderem Maße Unterstützung.

Der **DStV** empfiehlt daher, die Definitionen von Start-up, Scale-up und „innovativ“ ganzheitlich und sektorübergreifend zu bestimmen.

4. Einführung eines Innovationsstresstestes für zukünftige Rechtsvorschriften

Der **DStV** begrüßt die potenzielle Einführung eines Innovationsstresstests, mit dem die Auswirkungen zukünftiger Rechtsvorschriften auf Innovation bewertet werden sollen. Dadurch kann sichergestellt werden, dass neue Regelungen keine unverhältnismäßigen Beschränkungen enthalten und Unternehmen innovative Lösungen leichter auf den Markt bringen können. Sinnvoll erscheint die Prüfung eines gestuften Regulierungssystems, bei dem die Anforderungen mit der Unternehmensgröße und den jeweiligen Marktauswirkungen steigen. So ließe sich der Regelungsaufwand für innovative Unternehmen gezielt reduzieren.

Der **DStV** befürwortet den sinnvollen Einsatz eines Innovationsstresstests nur im Verbund mit einem konsequenten Ansatz zur Entbürokratisierung für Unternehmen. Dazu gehört die vollständige Umsetzung des Once-Only-Prinzips, die flächendeckende Digitalisierung der Verwaltung und die damit verbundene Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

Ein Innovationsstresstest sollte deshalb insbesondere die Beschleunigung von Verfahren zur Erteilung von Genehmigungen in den Blick nehmen. Im Mittelpunkt eines solchen Verfahrens muss zudem die Innovation der Technologie stehen, nicht allein die formale Kategorie „innovatives Unternehmen“.

Stand: 16.09.2025

Der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) vertritt als Spitzenorganisation die Angehörigen der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe auf nationaler und internationaler Ebene gegenüber Politik, Exekutive und weiteren Stakeholdern. In seinen 15 Mitgliedsverbänden sind 36.500 - überwiegend in eigener Kanzlei oder Sozietät tätige - Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer sowie Berufsgesellschaften freiwillig zusammengeschlossen.

Der DStV ist im europäischen Transparenzregister unter der Nummer 845551111047-04 eingetragen.

DStV statement E 8/25

European Innovation Act

The German Tax Advisors Association (**DStV**) welcomes the European Commission's proposal for a European Innovation Act. This initiative aims to create cross-sectoral conditions that will facilitate market entry for innovative ideas and strengthen the EU's long-term competitiveness, especially compared to global competitors.

The European Innovation Act will simplify existing EU legal requirements, providing improved access to finance across the European single market. This should benefit all companies, not just start-ups, scale-ups, and businesses classified as 'innovative'. Otherwise, there is a significant risk of distorting competition to the detriment of other market participants.

1. Financing based on intellectual property rights

Many companies do not fully appreciate the importance of protecting, documenting, and commercially exploiting their intellectual property rights (IP). Often, they lack the expertise to identify and evaluate their existing IP rights.

DStV therefore advocates giving companies with IP-intensive business models, particularly start-ups and scale-ups, the opportunity to present their IP rights more prominently in their annual financial statements. To this end, **DStV** is proposing a targeted amendment to [EU Directive 2013/34/EU](#) concerning annual financial statements, consolidated financial statements and related reports. Specifically, self-created rights should be able to be capitalised as fixed assets in all Member States, in line with Annex IV of the Directive.

Improving the valuation and presentation of intellectual property rights in annual financial statements would make technology-driven companies' intangible assets more visible and provide investors with transparency regarding the scope and ownership of these

rights, and build trust in the company's underlying value. It would also make such companies more attractive to venture capitalists and business angels.

A key prerequisite for proper valuation is the development of a practical valuation methodology that is recognised across the EU. This methodology should complement existing international accounting standards, such as the International Financial Reporting Standards (IFRS), and establish improved valuation structures. Although start-ups preparing their accounts under IFRS can voluntarily disclose information about their IP strategy in the management report if it is material to their business development, this remains an estimate based on plausible assumptions rather than an exact or objective figure. This contrasts with annual financial statements, which are designed to provide a precise and reliable overview of a company's assets, financial position and earnings.

A comparison with the United States shows that intellectual property is already recognised more widely there as a core corporate asset, with investors demonstrating greater expertise in this area. By contrast, in the EU, there is often considerable uncertainty surrounding the valuation of intellectual property for financing purposes. Consequently, institutional investors are reluctant to take risks. This underlines the urgent need for transparency and reliability through standardisation to create trust and a level playing field for all market participants.

√ **DStV** is calling for companies with IP-intensive business models to be given the opportunity to present their intellectual property rights more clearly in their annual financial statements. This would make intangible assets more transparent and provide investors with better information. It should be noted, however, that IP rights cannot be presented with the same level of precision as a company's financial position and earnings.

2. Strengthening the visibility of EUIPO's intellectual property support services across the EU

Many companies in the EU lack the knowledge needed to exploit their intellectual property rights effectively and often do not know who to contact. Therefore, support services such as those provided by the European Union Intellectual Property Office (EUIPO) should be promoted more actively across the Member States.

3. The EU's definition of Start-ups, Scale-ups and innovative companies

The EU's definition of start-ups, scale-ups and innovative companies should not be limited to specific technologies or digital business processes. Companies in traditional sectors can also develop innovative products and services, demonstrating strong scaling potential. As well as a company's age and innovative character, the composition of its management team should also be considered. Young entrepreneurs, in particular, who are just starting out in business, require special support.

Therefore, **DStV** recommends defining 'start-up', 'scale-up' and 'innovative' in a holistic, cross-sectoral manner to ensure the definitions are inclusive and reflect the diversity of business models across the European economy.

4. Introduction of an innovation stress test for future legislation

DStV welcomes the potential introduction of an innovation stress test to evaluate the potential impact of future legislation on innovation. This tool could help to ensure that new regulations do not impose disproportionate restrictions, thereby enabling companies to bring innovative solutions to market more easily.

A tiered regulatory system, in which requirements increase with company size and market impact, would be sensible. This would enable the regulatory burden on innovative companies to be reduced in a targeted and proportionate manner.

However, **DStV** emphasises that an innovation stress test can only be effective if accompanied by a consistent strategy to reduce bureaucracy for businesses. This includes fully implementing the once-only principle, comprehensively digitalising public administration and accelerating approval procedures.

Therefore, an innovation stress test should focus particularly on expediting approval processes. Furthermore, it should consider technological innovation itself rather than being limited to formally classifying a company as 'innovative'.

As of 16 September 2025

The German Tax Advisors Association (DStV) is the umbrella organisation representing members of the tax advisory and auditing professions at national and international level in dealings with politicians, the executive and other stakeholders. Its 15 member associations voluntarily bring together 36,500 tax advisors, tax agents, auditors, certified public accountants and professional associations, most of whom work in their own offices or partnerships.

The DStV is registered in the European Transparency Register under number 845551111047-04.
